Pulsnitzer Tageblatt

Fernsprecher 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postscheck-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger — **Wochenblatt**

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — Erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in Rpf: Die 41 mm breite Zeile (Mosse's Zeilenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Rpf, in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Rpf; amtlich 1 mm 30 Rpf und 24 Rpf; Reklame 25 Rpf. Tabellarischer Satz 50% Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. Bis 1/2 10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 — Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) — Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 147 || **Donnerstag, den 27. Juni 1929** || **81. Jahrgang**

Amtlicher Teil.

Folgende im Grundbuche für **Pulsnitz** auf den Namen des Gutsbesitzers **Paul Arthur Eisold** in **Friedersdorf** eingetragenen Grundstücke sollen

den 23. August 1929, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden:

1. Blatt 724, Feld- und Wiesengrundstücke, Nr. 1037 und 1049 des Flurbuchs für Pulsnitz O. S., nach dem Flurbuche 1 Hektar 51,4 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 1520 RM geschätzt.
2. Blatt 725, Feldgrundstück, Nr. 1048 des Flurbuchs für Pulsnitz O. S., nach dem Flurbuche 13 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 130 RM geschätzt.
3. Blatt 727, Feldgrundstück, Nr. 1051 des Flurbuchs für Pulsnitz O. S., nach dem Flurbuche 17,5 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 175 RM geschätzt.
4. Blatt 736, Feld- und Wiesengrundstücke, Nr. 1080, 1077 und 1092 des Flurbuchs für Pulsnitz O. S., nach dem Flurbuche 57,9 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 580 RM geschätzt.
5. Blatt 577, Wohngebäude mit Anbau, 2 Ställen mit Futterboden und Scheune, Nr. 1294 und 1035 des Flurbuchs für Pulsnitz O. S., Ortslistennummer 173 U, nach dem Flurbuche 82,7 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 25 980 RM geschätzt. — Die Brandversicherungssumme beträgt 21 600 RM; sie entspricht dem Friedensbaupreis vom Jahre 1914 (§ 1 des Ges. v. 18 3. 1921, GVBl. S. 72).
6. Blatt 742, Feld- und Wiesengrundstück, Nr. 1036 des Flurbuchs für Pulsnitz O. S., nach dem Flurbuche 60 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 60 RM geschätzt.
7. Blatt 563, Feldgrundstück, Nr. 1304 des Flurbuchs für Pulsnitz O. S., nach dem Flurbuche 22,3 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 230 RM geschätzt.
8. Blatt 1738, Feldgrundstücke, Nr. 1298, 1299, 1300 und 1301 des Flurbuchs für Pulsnitz O. S., nach dem Flurbuche 1 Hektar 39,8 Ar groß und nach dem Verkehrswert auf 1400 RM geschätzt.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts und der übrigen die Grundstücke betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen ist jedem gestattet (Zimmer 6).

Rechte auf Befriedigung aus den Grundstücken sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 11. Mai 1929 verlautbarten Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Die Rechte sind sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht zu berücksichtigen und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachzusetzen.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeiführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Amtsgericht Pulsnitz, den 20. Juni 1929.

Freitag, den 28. Juni 1929, nachmittags 3 Uhr, sollen in **Oberlichtenau, Gasthof zu den Linden:**

1 großer Schreibtisch, 1 Chaiselongue;

nachmittags 4 Uhr in **Niederlichtenau, Magers Gasthof:**

1 Sofa, 1 Ladentafel, 1 großes Ladenregal, 1 Stanzblock, 1 Schneidemaschine;

Sonnabend, den 29. Juni 1929, vormittags 11 Uhr, in **Ohorn, Gasthof zur Ente:**

1 Ziege, 1 Herrenfahrrad (gebr.)

meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, den 27 Juni 1929. **Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts**

Das Wichtigste

In Spanien herrscht größte Beunruhigung über das Schicksal von Major Franco. Auf der Suche nach dem vermißten Wasserflugzeug befinden sich jetzt 6 spanische, 2 portugiesische und 2 italienische Kriegsschiffe. Ferner ein englisches Flugzeugmutterschiff mit mehreren Flugzeugen an Bord.

Der japanische Kronrat hat nach Meldungen aus Tokio der Ratifikation des Kellogg-Paktes zugestimmt.

Oertliche und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Entschließung.) Man schreibt uns: Vom Bezirksverband Kamenz der Deutschnationalen Volkspartei, umfassend die Ortsgruppen Kamenz, Großröhrsdorf, Pulsnitz, Königsbrück, Elstra, Schwepnitz, Oßling, Bischheim-Gersdorf, Panschwitz und Uhyst, sowie dem Deutschnationalen Arbeiterbund, Bezirk der Amtshauptmannschaft Kamenz, ist folgende Entschließung an den Reichstag und die Deutschnationale Volkspartei, Herrn Geheimrat Dr. Hugenberg, Graf Westarp und Landesvorsitzenden Abg. Hartmann gerichtet worden:

Die unterzeichneten Verbände unserer Lausitz fühlen sich mit allen vaterländisch und national denkenden Männern und Frauen unseres deutschen Volkes fest und treu verbunden in der Verurteilung und entschiedensten Zurückweisung der unserem Volke angedichteten Kriegsschuldlüge. Wir fordern vom Deutschen Reichstag und jeder deutschen Regierung, daß endlich mit allen zu Gebote stehenden rechtlichen Mitteln gegen diese gemeine Vergewaltigung und Weltlüge ganz entschieden Front gemacht wird. Keine Regierung und kein Abgeordneter hat mehr das Recht, sich Volksregierung, sich Volksvertreter zu nennen, der nicht alles einsetzt, das deutsche Volk von dieser erdichteten Kriegsschuldlüge, der Vergiftung der Menschheit zu befreien. Möge am 28. Juni 1929, nach 10jähriger Schmach und Vergewaltigung unseres gesamten deutschen Volkes, wenn von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf Trauergeläut von den Türmen durch Deutschlands Gaue erklingt, die deutsche Volksseele erwachen in dem heiligen Schwur: „Herr, mach uns frei!"

Wir bitten ferner, den Schwindelvertrag von Paris ganz entschieden abzulehnen. Vor Gott und der Welt ist niemand berechtigt, noch ungeborene Geschlechter zu knechten und dem sicheren Element preiszugeben. Unseres deutschen Volkes bittere Not schreit heute bereits zum Himmel. Soll unsere Arbeiterschaft, unser Mittelstand, Handel, Landwirtschaft und Industrie noch zur Verzweiflung und Weißbluten getrieben werden? Wir verurteilen eine auf Feigheit eingestellte Politik des ewigen Nachgebens und Katzenbuckelns. Diese ständige Nachgiebigkeit hat uns wirtschaftliche Verelendung, Unterdrückung und Knechtung von drei Generationen, Nichtanrechnung unserer bisherigen übermenschlichen Leistungen, keine Befreiung unserer deutschen Gaue und Brüder, keine Beachtung unserer gerechten Forderungen, gebracht. Das Bismarckwort: „Feige Politik hat noch immer Nachteile gebracht!" ist für unser deutsches Volk zur bitterstes Wahrheit geworden. Soll unser deutsches Volk wieder Achtung in der Welt genießen, so heiße es endlich „Nein!" Auch der Schwache wird geachtet, wenn er sich nicht in den Schmutz treten läßt und Mut zeigt.

In diesem Sinne fühlen wir uns auf das Innigste mit der Deutschnationalen Volkspartei und ihren zum Wohle des gesamten deutschen Vaterlandes gesteckten großen Zielen treu verbunden und sprechen der Leitung und Führung und allen Abgeordneten unserer Partei als mannhafte Kämpfer für eine bessere deutsche Zukunft treueste Gefolgschaft und festes Vertrauen aus.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Kamenz der Deutschnationalen Volkspartei. Der Deutschnatianale Arbeiterbund, Bezirk der Amtshauptmannschaft Kamenz.

Deutschlands Volksvertreter zur Bauernnot

Um den Tagungsort der Konferenz -- Zum Volksbegehren des Stahlhelm

Deutscher Reichstag.

96. Sitzung, Mittwoch, den 26. Juni.

Auf der Tagesordnung der Reichstagssitzung stand die zweite Beratung einer großen Zahl von Anträgen über landwirtschaftliche Fragen. Abg. Hörle (Komm.) protestierte gegen die Zollerhöhungen.

Anschließend kam es zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen zwischen dem Reichsernährungsminister Dietrich und den Parteien, die die Bauernbevölkerung hinter sich haben. Auf eine Anfrage hatte der Ernährungsminister erklärt, die Regierung stünde auf dem Standpunkt, daß sie auf das jetzt bestehende zollfreie Gefrierfleischkontingent nicht verzichten könne.

Abg. Lind (Dnat.) hob hervor, daß sich der deutsche Viehbestand fast auf den Bestand vor dem Kriege gehoben hätte, nämlich auf 17 Millionen Stück gegen 18,5 Millionen. 1923 sei unser Viehstapel stark dezimiert gewesen. Abg. Lind verurteilte des Zurückweichen des Ministers vor der Linken und die

Abkehr von den Zusagen, die vorher der Landwirtschaft gemacht

worden seien. Die einzig wirksamen Maßnahmen, die die Deutschnationalen vorgeschlagen hätten, seien leider abgelehnt worden.

Auch Dr. Fehr (Bauernpartei) protestierte dagegen, daß die Beschlüsse über Nacht wieder umgeworfen worden seien. Die Anträge der Regierungsparteien bedeuteten die völlige Beseitigung der Erleichterungen, die durchgesetzt waren. Der Abgeordnete fragte, warum denn die Regierungsparteien nicht bereits im Ausschuß gesagt hätten, daß sie bei der Durchführung des Programms Schwierigkeiten haben würden? Abg. Hepp (Christl. nat. Bauernp.) verlangte gleichfalls die Aufhebung der Einfuhrerleichterungen für Fleisch.

Abg. Hepp meinte, am interessantesten sei die Haltung der Deutschen Volkspartei, die erst vor kurzem den Anträgen der Reichsbauernfront zugestimmt habe und heute durch ihre Minister diese Beschlüsse wieder aufhebe. Die Regierungsparteien könnten diese Beschlüsse nicht verantworten. Sie dürften sich nicht beklagen, wenn die Bitterkeit bei den Bauern und der Haß gegen den bauernfeindlichen Staat wachse.

Als nunmehr Dr. Hertz (Soz.) die Ausführungen des Abgeordneten Hepp bekämpfte, von der Bauernfreundlichkeit seiner Partei, aber von einer „gewissen Rückständigkeit der Bauern" sprach,

kam es zu ungeheuren Lärmszenen.

Es ertönten stürmische Rufe: „Pfui, Pfui!" — „Lump!" — „Frecher Lümmel!"

Der Redner fuhr fort, auch die Tatsache der Schaffung von Erziehungszöllen für Butter zeige, daß man es für notwendig halte, die bäuerliche Wirtschaft zu rationalisieren. Dr. Hertz gab der Befürchtung Ausdruck, daß durch die Zollerhöhungen unser Verhältnis zu den Nachbarländern schwer gefährdet werde.

Um diese und die weitere Aussprache, um ferner die Handlungsweise der Parteien zu verstehen, muß man wissen, daß das Auswärtige Amt Bedenken gegen den § 12 — der besonders die Verhandlungen mit Dänemark umfaßt — erhoben hat. — Abg. Tantzen (Dem.) wandte sich gegen die Schaffung eines Monopols und betonte die Wichtigkeit der Viehhaltung. Das Kontingent von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch, so meinte er, hätte man nicht einfach abschaffen können. Zu bedauern sei es, daß nicht sofort die Viehzölle den Fleischzöllen angepaßt wurden. — Abg. Diez (Zentr.) widersprach der sozialdemokratischen Behauptung, daß die deutsche Landwirtschaft rückständig sei.

Der Redner kündigte an, daß die Frage der Viehzölle im Herbst geregelt werden müsse.

Abg. Horlacher (Bayer. Vp.) wies nach, daß der Gefrierfleischverbrauch in Berlin und Hamburg ungefähr 50 Prozent des Gesamtfleischverbrauchs bilde. Im Rheinland und Westfalen betrüge er sogar 89 Prozent. Das müsse aufhören. Das zollfreie Gefrierfleischkontingent müsse je eher, je besser verschwinden. Es sei unerträglich, daß das inländische Schlachtvieh der schärfsten Fleischbeschau unterworfen werde, das eingeführte Fleisch aber nicht.

Die Reichsbauernfront müsse Schulter an Schulter zusammenstehen,

um das große Ziel der Wiederaufrichtung der Rentabilität der Landwirtschaft zu erreichen. — Abg. Freybe (Wp.) erklärte sich mit der Wiederinkraftsetzung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes einverstanden. Das deutsche Fleischergewerbe habe kein Interesse daran, den Verkäufer von Auslandsvieh zu spielen.

Von den Sozialdemokraten war inzwischen ein Antrag eingegangen, der die Ausschußbeschlüsse zum Reichsviehseuchengesetz wieder rückgängig machen und die Vorlage in der Fassung des Regierungsvorschlages wiederherstellen will.

Abg. Stubbendorff (Dntl.) bedauerte es, daß Dr. Hermes in der Bauernfront fehle. Er schilderte die Preisentwicklung der Kartoffeln und verlangte höhere Schutzzölle, um die Kartoffeleinfuhr aus Holland und Polen zu beschränken.

Anschließend verteidigte

Reichsernährungsminister Dietrich

die Haltung der Regierung. Er meinte, daß sie von dem jetzigen zollfreien Gefrierfleischkontingent nicht abgehen könne. Wenn § 12 des Fleischbeschaugesetzes auch die Einfuhr nicht vollständig ausschließe, so erschwere der Paragraph sie doch durch die Vorschrift, daß die Tiere nur in Hälften und in Zusammenhang mit den inneren Organen eingeführt werden dürften. Dann bekämpfte der Minister die Ausführungen der Abgeordneten Fehr und Hepp und meinte, daß die Parteien wüßten, daß er sich eifrig bemüht habe, Aenderungen im schwedischen und dänischen Handelsvertrag zu erreichen. Man dürfe nicht vergessen, daß die neue Regierung ein umfassendes Hilfsprogramm auf lange Sicht für die Landwirtschaft aufgestellt und sich mit größtem Eifer für ihre Wünsche eingesetzt habe.

Abg. Willickens (Natsoz.) nannte die vorliegenden Anträge nur ein Angstprodukt des schlechten Gewissens der Regierungsparteien und forderte eine Umkehr der gesamten Wirtschaftspolitik.

Bei den Abstimmungen

wurde über die vom Ausschuß beantragte Wiederinkraftsetzung

SLUB
Wir führen Wissen.